

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 740.

Donnerstag, 21. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechzehnspalte Pettezeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 20. Oktober. Der König hat geruht: dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Engelmann in Ratior den Charakter als Geh. Justizrat zu verleihen.

Politische Übersicht.

Posen, 21. Oktober.

Wie die „Provinzial-Korrespondenz“ schreibt, wird der Kaiser von heute ab meist in Berlin verweilen und die Zeit der Arbeit nur durch einige Jagdausflüge unterbrechen. Auch ist noch für diesen Monat ein Besuch am Großherzoglich mecklenburgischen Hofe zu Ludwigslust in Aussicht genommen.

In einem der Kölner Domfeier gewidmeten „Nachwort“ führt die „Provinzial-Korrespondenz“ aus, daß Kaiser Wilhelm dadurch, daß er dem vollendeten Gotteshause die feierliche Weihe ertheilte, den 15. Oktober zu einem wahren nationalen Festtag gestaltete, ohne daß die kirchliche Bedeutung des Festes dadurch in den Hintergrund getreten wäre. Kaiser Wilhelm habe das Bedürfnis gehabt, den kirchlichen Theil des Festes nicht durch Kundgebungen des Unfriedens getrübt zu sehen. Seinem Wunsche habe es denn auch entsprochen, daß von staatlicher Seite nichts in die Feier hineingebracht wurde, was die „leider noch andauernde Verstimmung gerade aus Anlaß des Festes hätte vermehren können.“

Der Kultusminister hat, wie offiziös geschrieben wird, angeordnet, daß am 1. Dezember er in Rücksicht auf die Volkszählung der Volksschul-Unterricht aussaffen soll.

Der „Provinzial-Korrespondenz“ zufolge haben im Staatsministerium in letzter Zeit mehrere Beratungen über die dem Landtag zu unterbreitenden Vorlagen stattgefunden und werden noch fortgesetzt.

Die bevorstehende Session des preußischen Landtags wird ihre Signatur zunächst durch den Etat erhalten, der sich nach den umfassenden Eisenbahnverstaatlichungen wesentlich von den Vorgängern verschieden gestalten dürfte. Da die dem Unternehmen nach durch den Finanzminister außerordentlich beschnittenen Extraordinarien noch ein Defizit verursachen, so kann von den bei den vorigen Wahlen laut verfündeten Steuererleichterungen keine Rede sein. Wenigstens sind die Gerüchte von neuen preußischen Steuern einstweilen verkümmert. Daß der Eisenbahnetz günstig abschließen soll, ist eine Folge radikaler Ersparnismafregeln und der besseren Gestaltung des Weltverkehrs in einigen Industriezweigen, auf deren Fortdauer wir hoffen dürfen, keineswegs der Verstaatlichung, vielmehr will sich bei der Berlin-Dresdener Bahn keine günstige Folge derselben zeigen, und die nur unter Staatsverwaltung stehende Bergisch-Märkische Bahn hat die verstaatlichten Konkurrenzbahnen Rheinische und Köln-Mindener überflügelt. Für die künftige Gestaltung des preußischen Staatshaushalts werden die sogenannten Eisenbahngarantien von nicht geringem Einfluß sein und muß zur Vermeidung ministerieller Willkür dem Landtag eine weitgehende Einwirkung auf die Tarifgestaltung gewahrt werden. Die Eisenbahnräthe dürfen in dieser Hinsicht keine konkurrierende Stellung einnehmen und können auch dem Minister gegenüber schwerlich über die Rolle begütigender Beiräthe hinausgehen. Die Notstandsbahnen und der Ankauf der strategisch wichtigen Heinrichsbahnen können auf grundsätzlichen Widerspruch kaum stoßen.

Jetzt heißt es wieder, der Senat der freien und Hansestadt Hamburg habe sich endlich dazu bestimmen lassen, in einer der ersten Sitzungen der heute wieder eröffneten Session des Bundesrates um die Genehmigung zur Verhängung des kleinen Belagerungsstandes über die Stadt Hamburg nachzusuchen. Preußen würde dann einen ähnlichen Antrag in Betreff der an Hamburg angrenzenden Städte Altona, Ottensen und Wandsbeck einbringen. Die sächsische Regierung dagegen hat sich noch nicht überzeugen lassen, daß die öffentliche Sicherheit in Leipzig durch den Aufenthalt der sozialdemokratischen Führer derart gefährdet sei, um jene Ausnahme-Mafregeln zu rechtfertigen.

Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ macht einige Mittheilungen aus dem Gesetzentwurf über die Eisenbahnräthe. Bezirkseisenbahnräthe sollen danach in Köln, Frankfurt a. M., Hannover, Magdeburg, Bromberg und Berlin errichtet werden. Was über die Zusammensetzung derselben und des Landeseisenbahnrates gemeldet wird, stimmt zum größeren Theil mit den vorjährigen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses überein; die Abänderungen und Ergänzungen sind von keiner großen Erheblichkeit.

Wie die Bevölkerung der Reichshauptstadt zur neuen Wirtschaftspolitik steht, befindet auch die Thatsache, daß dem freiändlerischen volkswirtschaftlichen Kongress die Festsaale des Rathauses geöffnet sein werden, und daß außer dem Oberbürgermeister v. Forckenbeck auch der Vorsitzende des Ältesten-

Kollegiums, Geh. Rath Conrad, die Versammlung begrüßt werden. Bekanntlich ist Berlin nicht nur eine bedeutende Handelsstadt, sondern auch ein großartiges Zentrum der vermeintlich durch die Schutzzölle so sehr geförderten Industrie.

Die „Ostsee-Zeitung“ vom gestrigen Tage schreibt: „Eine Ladung englischer Weizen, welche am Sonnabend Abend von Ipswich hier ankam, wurde gestern nach Berlin per Kahn verladen. Dies ist die erste Partie englischen Weizens, welche hier, und zwar trotz der Einfuhrzölle, importirt worden ist.“ — Es ist dies ein Vorgang, welcher unter den Zeichen der Zeit aufgeführt zu werden verdient.

Dem Vernehmen nach wird mit der in Vorbereitung begriffenen Reform des Militärstrafverfahrens auch eine definitive Regelung des Militär-Arest-Systems verbunden werden. Als das deutsche Militärstrafgesetzbuch dem Reichstage im Entwurf vorlag, stieß die Regierung des Arrestsystems wegen auf Schwierigkeiten. Man war zwar altheitig einig darüber, und auch die Regierung stellte sich dem nicht entgegen, daß eine Modernisierung des bisherigen Systems eintreten müsse, dagegen wurde von militärischer Seite auf Beibehaltung eines verschiedenartig geschärften Arrestes im Interesse der Disziplin großes Gewicht gelegt. Schließlich wurde die definitive Regelung des Arrestsystems der Zukunft vorbehalten und eine Enquête zur Feststellung der Einwirkungen der verschiedenen Arrestanten auf den Gefundheitszustand des Militärs in Anregung gebracht. Inzwischen sind nun seitens des preußischen Kriegsministeriums Ermittlungen darüber angestellt worden, ob und in welcher Weise Arreststrafen auf die Gesundheit der davon Betroffenen von Einfluß gewesen und nachzuweisen seien, ob eine Krankheit, die sich nach der Strafvoollstreckung eingestellt hat, mit der besonderen Art der Ernährung und des Aufenthalts in Zusammenhang zu bringen sei. Wahrscheinlich wird das Ergebnis dieser Ermittlungen demnächst der in Aussicht gestellten Enquête-Kommission vorgelegt werden.

Die schweizerische Bundesregierung hat bekanntlich jüngst an die Regierungen von Deutschland, Österreich, Ungarn, Frankreich, Russland, Italien, Belgien, Luxemburg und der Niederlande Einladungen zu einer im nächsten Frühjahr stattfindenden Konferenz behufs definitiver Feststellung eines internationalen Eisenbahn-Transportrechts ergeben lassen. Die Beratungen werden stattfinden auf der Grundlage von Entwürfen, welche auf der in der Zeit vom 13. Mai bis 4. Juni 1879 in Bern stattgefunden, von Delegirten der genannten Staaten beschafft gewesenen Konferenz vorläufig vereinbart worden sind. Diese Entwürfe sind folgende: 1) Der Entwurf eines internationalen Vertrags über den Eisenbahnfrachtverkehr, 2) der Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu diesem Vertrage, 3) der Entwurf eines Vertrages, betreffend eine internationale Kommission zur Kontrolirung resp. Festsetzung von Ergänzungen des Vertrages. Wie wir hören, wird die deutsche Reichsregierung, entsprechend der dem schweizerischen Bundesratthe gegenüber abgegebenen Erklärung, daß das deutsche Reich geneigt sei, auf der Grundlage der erwähnten Entwürfe einen Vertrag abzuschließen, von Aufführung irgend welcher Änderungsvorschläge vorläufig abschauen und solche den weiteren Konferenzverhandlungen vorbehalten, wohl aber auf der Konferenz auf eine den ursprünglichen deutschen Vorschlägen noch mehr entsprechende Regelung der betreffenden Fragen hinzuwirken suchen.

Die Konferenz deutscher Armeenpflieger, welche auf einen von Leipzig aus bei Gelegenheit des Volksbildungstages ergangenen Anstoß durch die dazu geeigneten Persönlichkeiten nach Berlin berufen werden soll, um gewisse Zeitanliegen in einem vorläufig nicht allzuweit ausgedehnten Kreise zu besprechen, wird voraussichtlich gegen Ende November stattfinden. Nach den getroffenen Abreden werden die Verhandlungsgegenstände so gewählt werden, daß Armeenpflieger nicht minder als amtliche ihre Rechnung dabei finden können, insbesondere die, welche im Kampfe gegen die überhandnehmende Bettelei voranstehen.

Die Lage in und vor Dulcigno ist seit gestern um keinen Schritt weiter gerückt. Die halbamtl. „Prov.-Corr.“ meint in ihrer letzten Nummer, an dem ersten Willen der Pforte, den Besluß der Uebergabe von Dulcigno auszuführen, liege kein Grund vor, zu zweifeln. Es dürfe erwartet werden, daß die Pforte mit Nachdruck ihr Ansehen geltend mache und die lokalen Hindernisse, welche sich etwa der Einlösung ihres Wortes entgegenstellen sollten, unverzüglich beseitige. Nicht ganz so vertrauenvoll scheint man, wie die „Trib.“ hervorhebt, in den maßgebenden Kreisen Petersburgs zu sein; die „Agence Russ“ nämlich erklärt ziemlich kategorisch, es wäre im Interesse des Sultans, sein Versprechen freimüthig zu erfüllen, während die Beweise bösen Willens, die er seitdem Montenegro gegenüber gegeben habe, die Mächte zu der Überzeugung brächten, daß die feste Aufrechterhaltung des europäischen Einvernehmens jetzt unentbehrlicher sei, als je zuvor.

Zu den beiden Differenzenpunkten, die sich — wie gemeldet — in den Verhandlungen zwischen Bedry Bey und dem montenegrinischen Delegirten herausgestellt haben, bemerkte die „Presse“, der eine derselben sei überhaupt undiskutierbar und beweise, daß die Türkei wieder plötzlich aus ihrer Rolle nachgiebiger Deserenz gefallen; sie verlangte, daß für die Fahrzeuge der Dulcignoten die türkische Flagge beibehalten werde. „Bekanntlich ist diese Frage, so hebt das wiener Blatt hervor, schon im ver-

linen Vertrage geregelt; die montenegrinischen Handelsfahrzeuge haben ihre eigene Flagge, und wenn Dulcigno montenegrinisch geworden, also auch diejenigen dieses Hafenortes. Die See- und Hafenpolizei aber an der montenegrinischen Küste übt Österreich aus, das dafür auch der montenegrinischen Handelsflagge Schutz gewährt. Der betreffende türkische Vorschlag hat also seine anti-österreichische Pointe. Sollte er das Werk Nowitsch's sein, der neuerdings wieder in Konstantinopel thätig? Der andere streitige Punkt betrifft die Erhaltung des status quo östlich vom Skutarisee, wo die Albanesen vor Podgorizza noch einige kleine Montenegro im Berliner Vertrag zugesprochene Ortschaften besetzt halten. Über diesen winzigen Landstreifen wollten die Kontinentalmächte schon vor Wochen stillschweigend zur Tagesordnung übergehen; wie aus Berlin telegraphiert worden, ist jedoch Gladstone in anderer Ansicht und benutzt diese minimale Grenzregulirungs-Frage als Anhaltspunkt, um neue Schwierigkeiten zu erheben.“

Nach einer Mittheilung der „Pol. Corr.“ hat Bedri Bey, was die Art und Weise der Uebergabe Dulcignos betrifft, vorgeschlagen, daß der Einzug der Montenegriner erst 5 Stunden nach erfolgter Räumung der Stadt durch die türkischen Zivil- und Militärbehörden erfolge. Auch diesem Vorschlag gegenüber verhielten sich die Montenegriner ablehnend, da sie darin eine Falle erblicken zu sollen glaubten, durch welche die Wiederholung der Vorgänge bei der Räumung von Tuji ermöglicht werden sollte, welche bekanntlich darin bestanden, daß die Albanesen in die von den Türken geräumten Positionen einrückten, bevor noch den Montenegrinern die Möglichkeit geboten wurde, ihrerseits zu besetzen.

Das nächste Kardinalskonsistorium wird im Dezember stattfinden. Außer dem Patriarchen von Konstantinopel, Hassoun, wird auch der jetzige päpstliche Majordomus Monsignore Ricci-Passaciani den Hut erhalten. Andere Namen verlauten noch nicht, obgleich wahrscheinlich noch mehrere Ernennungen darin stattfinden werden, da der Tod verschiedene Lücken im heiligen Konsistorium verursacht hat. So starb z. B. dieser Tage wieder ein Purpurträger, der Kardinal Bartolomeo Pacca, Neffe des berühmten Kardinals gleichen Namens, der von Napoleon I. mit Pius VII. in die Gefangenschaft geführt wurde, und 1844 in Rom starb. Sein Neffe war seiner Zeit einer der elegantesten Abtes in den römischen Salons, was seine Erhebung zur Kardinalswürde erheblich verspätete. Pius IX. ernannte ihn dazu erst i. J. 1875. Pacca war als Marquis 1817 in Benevent geboren. Als Kardinal gehörte er zu dem Orden der Diakonen, wie weiland Antonelli. Sein Tod erfolgte durch einen Schlagfluss im nahen Grottaferrata, wo er mit den Kardinälen Nina und Consolini zusammen die Villegiatur bezogen hatte, um sich von längerer Krankheit zu erholen.

L.C. Die liberale Partei und die Regierung.

So lange es eine Geschichte gibt, hat es auch politische Parteien gegeben, und ebenso lange haben Viele, wie kürzlich das freiwillig gouvernemente Blatt, die Existenz von Parteien als ein Uebel angesehen und die unfehlbare Regierungsweisheit als das sicherste Mittel zur Erreichung des größtmöglichen Wohles der Menschheit gepriesen. Aber im Leben freier Völker lassen sich bestimmte politische Zwecke ohne politische Assoziationen, die man Parteien nennt, nicht durchsetzen. Dauernd können die politischen Zwecke nicht dieselben bleiben, und darum müssen auch die Parteien sich auflösen und anderen Verbindungen zur Erreichung neuer Ziele Platz machen. Freilich gibt es zwei „gute“ — weil naturgemäße — politische Richtungen, die immer wieder im Leben der Völker die Grundlage von Parteibildungen werden. Die eine will in erster Linie das Gute, Bewährte erhalten, die andere strebt nach weiteren Fortschritten; sie ist liberal. Nur selten aber gestaltet sich das politische Leben, wie seit 200 Jahren in England, so einfach, daß diese beiden berechtigten Richtungen bei allem Wechsel der jedesmaligen einzelnen Zwecke die einzigen für die Parteibildung maßgebenden bleiben. Es bilden sich vielmehr schlechte, weil nicht naturgemäße, nicht im Wesen des Staates begründete Richtungen, die den Umsturz alles Bestehenden oder die Rückkehr zu überwundenen Zuständen wollen oder außerstaatlichen, z. B. kirchlichen Zwecken dienen. Oft auch tritt ein gewaltiger Mann im Leben eines Volkes auf und bewirkt eine Umgestaltung der Parteien mit Rücksicht auf seine Persönlichkeit. Es wird dies nie ein heilvoller Zustand sein, dennoch kann die Lage eines Volkes es erfordern, daß Parteien, die sein Wohl zum obersten Gesichtspunkt machen, auf eine derartige machtvolle Persönlichkeit weitgehende Rücksicht nehmen müssen. Freilich ist dies nur so lange möglich, als der Leiter der Regierung, sei es nun ein Fürst oder ein Minister, auch auf ihre Wünsche Rücksicht nimmt. Da kann sich denn die liberale Partei bescheiden, mit geringeren Fortschritten vorlieb zu nehmen, als sie für wünschenswerth hielt, und das Fortbestehen mancher veralteten Einrichtung noch zu dulden, um wesentliche und bedeutende Ziele zu erreichen, die ihr mit der leitenden Persönlichkeit

gemeinsam sind. Hört aber die Rücksicht auf die Wünsche der liberalen Partei auf, strebt die leitende Persönlichkeit die Wiederbelebung abgebrochener Einrichtungen an, dann muß entweder die Partei die entschlossene Vertheidigung des durch Vereinbarung mit der leitenden Persönlichkeit Begründeten übernehmen, oder die alte Form muß sich auflösen, eine neue geeignete Form geschaffen werden, um diese Aufgabe zu erfüllen und für die Zukunft die Verwirklichung der liberalen Ziele anzustreben. So ist heute die politische Lage in Deutschland. Ein hochbedeutender Mann hat unter Preisgabe mancher persönlichen Wünsche und Anschauungen, unter Berücksichtigung der durch die nationalliberale Partei vertretenen liberalen Forderungen Großes geschaffen, glaubt nun aber ohne Rücksicht auf die liberalen Bestrebungen seine vor 30 Jahren so leidenschaftlich vertretenen eigensten Wünsche, die in einer Wiederherstellung überlebter Einrichtungen gipfeln, durchsehen zu können, ein sicherer Beweis, daß dieser Mann das nationale Werk hinreichend gefestigt betrachtet. Fürst Bismarck scheut zu diesem Zweck nicht vor der Unterstüzung solcher Parteien zurück, deren Ziele nicht staatliche, sondern kirchliche sind und deren nationale Gesinnung mindestens keine warme und begeisterte genannt werden kann. Wer einer solchen Persönlichkeit gegenüber durch halbe Zugeständnisse etwas erreichen zu können glaubt, irrt sich gewaltig. Nur Entschiedenheit und Festigkeit föhrt den festen und entschiedenen Staatsmann Achtung ein und nötigt ihn, seine persönlichen und Standesanschauungen in den Hintergrund zu stellen. Darum gilt es Sammlung aller liberalen Elemente zur Vertheidigung der Reformgesetzgebung von 1867 — 1877. Vermögen die sich unter Einwirkung der gegenwärtigen Bewegung umbildenden Fraktionen in gemeinsamem Zusammenwirken dieser Aufgabe zu genügen, so werden sie fortbestehen, das große Ziel erreichen, die Ansprüche außerstaatlicher Parteien und reaktionärer Koterien in ihre Schranken zurückzuweisen. Diese Überzeugung drängt sich von Königsberg bis Börrach immer weiteren Kreisen auf. Sie bringt sogar in Hannover ein, wie die nationalliberale Versammlung in Goslar beweist; ihr geben die „Wormser Zeitung“, der „Pfälzer Courier“ Ausdruck, obgleich in jenen Gegenden weder von Seehandelsinteressen noch von altpreußischen Konflikttraditionen die Rede ist. Die neueste Kundgebung aus Oldenburg stimmt damit überein. Wo man sich dieser Einsicht verschließt und sich fast vollkommen der Führung der Konservativen überläßt, wie in Würtemberg, treibt man nur die Geschäfte der Reaktion und des Radikalismus. Die Haltlosigkeit der dortigen Nationalliberalen hat in weiten Kreisen der Volkspartei Oberwasser verschafft, nicht nur bei der Landtagswahl in Neulingen haben diese eingefleischten Partikularisten sehr gute Aussichten. Uebrigens ist es ein öffentliches Geheimnis, daß persönliche Interessen bei dem Streben nach einer liberal-konservativen Mischmaschpartei keine geringe Rolle spielen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 20. Oktober. [Vom Bundesrath.] Die „Provinzial-Korrespondenz“ und die „Leidenschaften.“ Bei der soeben erfolgten Eröffnung der neuen Session des Bundesraths, der zunächst nur Geschäfte untergeordneter Art zu erledigen hat, haben sich die dem Bundesrath als Mitglieder angehörenden Leitenden Minister der einzelstaaten, wie gewöhnlich, nicht eingefunden. Mit Unrecht aber wird daraus in der Presse geschlossen, daß die Hauptbestimmung der neuen Gesetzestordnung des Bundesraths, deren Erlass die leichte Kanzlerkrise abschloß, damit schon wieder, noch vor der ersten Anwendung, aufgegeben sei. Diese Bestimmung ging keineswegs, wie angenommen wird, dahin, daß die dirigirenden Minister der Bundesstaaten während der ganzen Session des Bundesraths oder daß sie zu Anfang derselben an den Verhandlungen Theil nehmen sollten; sondern der betr. § 3 ordnet an, daß alljährlich von einem Zeitpunkt an, den der Kanzler zu bestimmen habe, sich die Minister behufs Erledigung der wichtigeren Bundesraths-Arbeiten, insbesondere der Gesetzentwürfe, an den Berathungen betheiligen würden; weiter wird bestimmt, daß Vorlagen, welche nicht mindestens drei Wochen vor jenem Zeitpunkte an den Bundesrath gelangt sind, in derselben Session nur dann endgültig erledigt werden sollen, wenn durch Mehrheitsbeschluss ihre Dringlichkeit anerkannt wird. Es unterliegt nun wohl keinem Zweifel, daß Letzteres immer geschehen wird, wenn es sich um Vorlagen handelt, auf welche der Kanzler Werth legt, und infofern bürgt die neue Geschäftsordnung keineswegs dagegen, daß nicht wieder, wie früher so häufig, wichtige Gesetzentwürfe erst erscheinen, nachdem die Session bereits weit vorgeschritten ist. Dagegen ergibt sich aus dem erwähnten ersten Satze des § 3, daß demselben die Eröffnung der Sitzungs-Periode des Bundesraths ohne die leitenden Minister nicht widerspricht; vielmehr wird mit Nachdruck betont, daß die Einladung derselben durch den Kanzler nicht unterbleiben werde. Für dieses erste Mal nach dem mit so großem Geräusch erfolgten Zuselbentreten der neuen Geschäftsordnung ist es auch selbstverständlich, ob man sich nicht später wieder davon dispensirt, das ist freilich eine andere Frage. — Der Ton, in welchem heute die „Provinzial-Korresp.“ sich über das Dom hau fest äußert — spricht sie doch von dem kirchenpolitischen Kampfe nur als von einer „leider noch andauernden Verstimmung“ — bestätigt unverkennbar, was ich Ihnen in dem Sinne schrieb, daß die Zentrumsführer sehr verkehrt operirt, eine für sie sehr günstige Gelegenheit unbenuzt gelassen. Allerdings ist Angesichts des halbamtlichen Artikels auch kaum zu bezweifeln, daß die Stimmung, aus welcher diese Gelegenheit — und vorher der Entwurf des „Juliegesetzes“ — entsprang, fortda uert. Indem die „Provinzial-Korresp.“ ferner bemerkt, daß der Weihbischof Baudri kaum anders habe sprechen können, als er es gethan, erscheint auch die Mithaltung bestätigt, daß die Anrede vereinbart war. Die wegen derselben liberalerseits gegegen den Bischof gerichteten Angriffe mußten von Anfang an als „zu viel Eifer“ erscheinen.

— Nach amtlichen Mittheilungen tritt im Königreich der Niederlande und in Belgien die Lungenseuche unter dem Kindvieh nicht mehr in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfange auf; es fällt somit die Veranlassung fort, welche im Jahre 1876 das Verbot der Einfuhr von Kindvieh aus diesen Ländern herbeiführte. Der landwirtschaftliche Minister beauftragt daher, wie offiziös mitgetheilt wird, durch Erlaß vom 13. d. M. die Regierungen resp. Landdrostien, das früher erlassene Verbot der Vieh einfuhr zum 1. November er außer Kraft zu setzen.

— Die Konferenzen über die Revision bezw. Neuauftstellung einer Pharmacopoe für Deutschland nehmen ihren Fortgang. Es finden täglich Sitzungen des Plenums und der einzelnen Kommissionen statt. Man hofft die Arbeiten bis Sonnabend zu beenden. In der Haupthache wird eine groÙe Vereinfachung der Pharmacopoe angestrebt. Man war in dieser Richtung schon sehr erfolgreich thätig. Zu einigen Erörterungen führte die Vorfrage, ob die Pharmacopoe in lateinischer oder deutscher Sprache abgefaßt werden sollte. Die Majorität der Stimmen erklärt die deutsche Sprache als die allein zulässige. Die Entscheidung der Reichsorgane muß aber noch eingeholt werden. Man war vielfach erstaunt, daß darüber nicht im Voraus eine Festsetzung getroffen werden konnte.

(L. C.) Die zur Vorbereitung einer einheitlichen Pharmacopoe für das deutsche Reich berufene Kommission hat am 18., wie oben mitgetheilt, den sehr wichtigen Besluß gefaßt, in der künftigen Arzneimittellehre deutsche Bezeichnungen anzuwenden, auch deutsch zu ordiniren. Es ist ein bedenkliches und schwieriges Unternehmen, für die termini technici der Wissenschaften und Gewerbe die Fremdwörter verbannen zu wollen, wenn man auch die Einschränkung derselben auf das unmöglich Nothwendige nur billigen kann, und es entsteht eine Schwierigkeit in der Benutzung ausländischer Werke, da sie sich der lateinischen, auf diesem Gebiete internationalen Sprache bedienen. Dennoch haben nur 2 Mitglieder für den ferneren Gebrauch des Latein gestimmt. Hinsichtlich des Ordiniren konnte sich die Mehrheit auf den Vorgang Frankreichs stützen, trotzdem muß es fraglich erscheinen, ob der Gebrauch des Deutschen hier nicht oft zur Beunruhigung der Patienten und ihrer Angehörigen führen wird.

Locales und Provinzielles.

Posen, 21. Oktober.

† Personal-Veränderungen im V. Armeekorps. Kunath, v. Massow, Wegener, Portepesfhäne vom 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 46, Grosser, v. Steinmeier, Portepesfhäne vom Westfälischen Jäger-Regiment Nr. 37, v. Roos I., Portepesfhäne vom 3. Niedersch. Inf.-Regt. Nr. 50, v. Schöning, du Port, Döring, von Pressentin, genannt v. Rauter, Portepesfhäne vom 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2, v. Zafrawski, Rohde, Hammer, Portepesfhäne vom 3. Posenschen Inf.-Regiment Nr. 58, Piper, Ritter, Portepesfhäne vom 4. Poi. Inf.-Regt. Nr. 59, v. Medem, vom Bergedorf, Portepesfhäne vom Königs-Grenadier-Regiment (2. Westpr.) Nr. 7, v. Kobylecki, v. Kalckstein, v. Tschirich und Boegendorff, v. Genthauser, Werkenthin, Portepesfhäne vom 2. Posenschen Infanterie-Regiment Nr. 19, Graf zu Stolberg-Wernigerode, Portepesfhäne vom 1. Schle. Drag.-Regt. Nr. 4, v. Wedell-Pariow, Portepesfhäne v. Posenschen Ulan.-Regt. Nr. 10, zu Sefonde-Lieutenants befördert. v. Burzstini, Oberstl. z. D. und Bezirks-Kommand. des 2. Bat. (Musau) 1. Westpr. Landw.-Regts. Nr. 6, der Charakter als Oberst. Ameling, Major z. D. und Bezirks-Kommandeur des 1. Bataill. (Görlig) 1. Westpr. Landw.-Regts. Nr. 6, der Charakter als Oberstleutnant verliehen. v. Arnim, Major z. D. und Bezirks-Kommandeur des 1. Bat. (Dauer) 2. Westpr. Landw.-Regts. Nr. 7, Gaspari, Major z. D. und Bezirks-Kommandeur des 2. Bataillons (Lauban) 2. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 47, der Charakter als Oberstleutnant verliehen. Wuthé, Prem-Lieut. à la suite des 2. Leibhusar-Regts. Nr. 2, scheidet aus und tritt zu den Reserve-Offizieren des Regiments über. Matthies, Vizefeldwebel vom Reserve-Landw.-Bat. (Glogau) Nr. 37, zum Seconde-Lieutenant der Res. des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 50 befördert. Meves, Hauptmann von der Landw.-Inf. derselben Bataillons der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen der bisherigen Uniform bewilligt.

r. Graf Czarnecki aus Rusko, welcher im März d. J. auf den Thüren seines Schlosses Fahnen mit den Wörtern Smierc (Tod) und Niemec (den Deutschen) durch einen Dachdecker hatte anbringen lassen, wurde dafür von der Strafkammer des Landgerichts zu Lissa gestern auf Grund des § 130 (wegen Anreitung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthäufigkeiten gegen einander) und § 111 (wegen Aufforderung zu einer strafbaren Handlung) des Strafgesetzbuchs zu 3 Monaten und der Dachdecker zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte gegen den Grafen eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten beantragt.

— Massenverbreitung der letzten päpstlichen Encyclika. Der „Kur. Pozn.“, welcher sich noch immer nicht vor Entzücken über die Encyclika betreibt, teilt jetzt mit, daß in seiner Druckerei eine Separatausgabe der Encyclika mit einer kurzen Erläuterung für das polnische Volk erscheinen werde. Diese Ausgabe soll massenhaft unter dem Volke verbreitet werden, gemäß einem Wunsche des heil. Vaters, welcher bei Empfang einer illyrischen geistlichen Deputation die mögliche Verbreitung der Encyclika in den slavischen Ländern gewünscht haben soll. — Unser posener ultramontanes Blatt scheint nun der harmlosen Ansicht zu sein, auch seinerseits, durch Veranstaltung der polnischen Ausgabe, dem Schisma des Photius bedeutenden Abbruch thun zu können!

* Behufs Auslobung der Geschworenen für die am 22. November d. J. hier selbst beginnende Schwurgerichtsitzung fand gestern Mittags 12 Uhr bei dem hiesigen Landgerichte eine Sitzung statt.

r. Die Errichtung einer Eisenbahn-Haltestelle am Gerberdamm für Personen- und Güterverkehr, wegen deren die hiesige Polizeidirektion in Gemeinschaft mit Handelskammer und Magistrat bei dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten vorstellig geworden war, ist im Auftrage des Herrn Ministers von der königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn abgelehnt worden. Es werden für diese Abteilung geltend gemacht: die beschränkten räumlichen Verhältnisse des in Aussicht genommenen Platzes zwischen Warthebrücke und Kernwecksmühle, ferner die dortigen Steigungs-Verhältnisse, die ein Anhalten der Personenzüge auf dieser Strecke schwer möglich machen; was aber die Errichtung einer Haltestelle für den Güterverkehr betrifft, so wird hiergegen eingewandt, daß das durch Ausschüttung gewonnene Terrain westlich vom Gerberdamm und südlich vom Eisenbahndamm bereits von der Militärverwaltung zur Vergung von Eisenbahnfahrzeugen für den Kriegsfall beansprucht und zu diesem Zwecke mit Gleisen beglegt, und daß ein anderer Platz zu diesem Behufe nicht vorhanden sei.

Da überdies die nach dem Zentralbahnhof führenden Straßen beiderthalten seien als die zu den gewöhnlichen Haltestellen und aufwändigen Kommunikation zwischen Unterstadt und Zentralbahnhof geschaffen sei, so könne das Bedürfnis zur überaus schwierigen Anlegung einer Haltestelle für Personen- und Güterverkehr am Gerberdamm nicht anerkannt werden. — Ebenso ist eine von hiesigen Interessenten bei Unterstadt an den Herrn Minister gerichtete Petition in Betr. der Errichtung von Einrichtungen für die direkte Überladung von Gütern aus den Eisenbahnen in die Schiffe von der königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn abschlägig beschieden worden, indem dieselbe in Übereinstimmung mit dem Herrn Oberpräsidenten und der königl. Regierung ein Bedürfnis bießt nicht anerkannt hat.

× Gnesen, 17. Oktober. [Wasserleitung.] Im Anschluß an einen früheren Bericht über die Wasserleitung-Angelegenheit fand heute mitgetheilt werden, daß am 6. d. M. die städtische Kommission unter dem Vorsteher des Stadtraths Wollerberg eine Sitzung abgehalten hat, an der auch der Direktor der breslauer Metallgießerei, Herr Wolff, sowie der Ingenieur Jolly Theil genommen haben. Nachdem ein Abkommen dahin getroffen, daß die Stadt Gnesen nur dann die Kosten der Vorarbeiten zu erstatzen habe soll, wenn der Vertrag mit einem anderen Unternehmer abgeschlossen werden sollte, wurde dem Herrn Wolff der Auftrag zur Vornahme der Vorarbeiten definitiv erteilt. Wenige Tage darauf traf denn auch der Ingenieur Jolly mit dem nötigen Personal hier ein, um die lezüglichen Veranstaltungen und Vorarbeiten Angriff zu nehmen. Soweit bis heute bekannt, sind hierbei die günstigsten Resultate erzielt worden, indem die Bohrungen nach gutem Wasser von bestem Erfolge begleitet waren. Zur Einreichung des Projektes selbst hat sich die Gesellschaft eine Frist von 5 bis 6 Monaten vorbehalten und würde demnach mit dem Eintritt des Frühjahrs der Bauarbeiten beginnen. — Schon länger als zwei Wochen weilt hier selbst die Hoffmann'sche Theatergesellschaft um und gibt im Stadttheater fast allabendlich Vorstellungen, die einen bedeutenden Anfang finden, das sämtliche Darsteller beim Gnesener Publikum bereits sehr beliebt sind. — Nach langer Zeit erlöste wieder einmal Feuerzeichen. Im Wohnhause des Böttchermeisters Lange am Pferdemarkt war Feuer ausgekommen, wodurch das ganze Gebäude in kurzer Zeit zerstört war. Leider sind dabei auch zwei Menschenleben zu beklagen. Eine schon bejahrte und eine jüngere Frau welche in einem Dachstübchen schließen, fanden, da das Feuer auf den Bodenraum sich sehr schnell verbreitete, in Folge des durchbruches den Tod durch Ersticken. Ein 9jähriger Knabe, welcher ebenfalls in dem Zimmer schlief, erwachte rechtzeitig und rettete sich glücklich durch eiliges Verlassen der Wohnung, nachdem er, wie derselbe angibt, die Frauen zu wecken versucht, die aber in Folge übermäßigen Genusses von spirituellen Getränken nicht erwachen wollten. Gestig wenige Minuten nach seiner Rettung folgte Mithilfe, daß in der Stube noch seine Mutter schlief, und alsbald stürzten sich beide Männer in die offene Flamme, doch fanden sie beide Frauen bereits leblos auf ihrem Lager vor, so daß ihnen nur noch die Rettung des Leibes vor dem Verbrennen übrig blieb. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg mehr.

△ Rogasen, 19. Oktober. [Feuer.] Nachdem wir längere Zeit von Feuer verschont geblieben sind, entstand heute früh auf dem Propsteivorwerke in einem erst im vorigen Jahre neu erbauten massiven Stalle Feuer, welches, da die auf denselben lagernden Futtervorräte denselben viel Nahrung boten, so rasch um sich griff, daß trotzdem die freiwillige Feuerwehr schnell auf der Brandstelle war, das Gebäude nicht gerettet werden konnte. Das Feuer ist durch die Unvorsichtigkeit eines Knechtes, welcher mit einer brennenden Laterne auf den Boden des Stalles stieg, um Futter zu holen, entstanden. Derselbe hat leider starke Brandwunden erlitten.

Termisches.

* Ueber die Baronin v. Kaulla, die Heldin im Prozeß Jung-Woestyne, berichtet der pariser „Figaro“ wie folgt: „Mademoiselle v. Kaulla, sehr schön, einer adeligen Familie Österreichs angehörend, wurde in den Tuiliexen empfangen. Als sie Herrn Jung herantrat, machte sie nicht allein eine Liebesbeirath, sondern fühlte sich auch geschmeichelt, in eine gute Familie einzutreten. Dichte Finsternis liegt auf dem Leben der Frau v. Kaulla bis zum Jahre 1873, zu welchen Zeit man sie in einem reizenden, unweit des Trocadero gelegenen Hotel wiederfindet, wo sie glänzende Tafeln und Gesellschaften galten, politische Männer, Diplomaten und Künstler empfing und als allmächtige Herrscherin über das Herz des Kriegsministers regierte. Die Baronin gebendete sich derart als die Favoritin des Kriegsministers, daß man auf dem Kriegsministerium in Unruhe geriet. Man bemerkte, daß sie zu jeder Stunde im Ministerium war, und man glaubte, daß sie ihre rostigen Krallen auf die geheimsten Schriftstücke legte. Herr Lombard, damals Chef der Sicherheitspolizei, wurde mit ihrer Überwachung betraut. Er bemerkte die häufigen Besuchungen der Baronin mit der deutschen Botschaft. Man konnte voraussehen, daß sie Besuch erstattete. Kein Papier verschwand aus dem Ministerium, aber wenn man im Besitz aller Schlüsse ist, so ist es nicht notwendig, ein Schriftstück wegzunehmen. Man schreibt es ab. Die Belegschaft des Bureaus des Kriegsministeriums machten bald der Entrüstung Platz. Der Polizeipräsident Voisin benachrichtigte den Marschall MacMahon, der den General de Cissey kommen ließ und ihn zwang, seine Entlassung nachzu suchen. Die Baronin v. Kaulla wurde nicht ausgewiesen. Sie blieb in ihrem kleinen Palais und setzte ihr Lebenewort fort. Seit acht Monaten ging sie aus freien Stücken nach dem Süden, um sich dort niedergulassen. Sie verbrachte nur von Zeit zu Zeit einen oder zwei Monate in Paris. Man sah sie im Theater in Gesellschaft des Generals de Cissey. Sie ist immer noch hübsch, sieht sich aber nicht mehr so exzentrisch und scheint auf dem Wege gewesen zu sein, eine freundliche gute „Bourgeoisie“ zu werden. Der Prozeß muß ihr nicht gelegen gekommen sein. Es ist immer hart, seine alten Schulden zu bezahlen, wenn man keine neuen gemacht hat.“ — Der „Figaro“, dessen Zuverlässigkeit nicht hoch angeschlagen wird und dessen Erzählung auch hier wohl nicht in allen Punkten Glaubwürdigkeit verdient.

* Dulcigno und der Harem. Wie es gekommen, daß der Sultan so plötzlich Dulcigno an die Montenegriner abgetreten, darüber wird folgendes Geschichtchen in den Hof- und Haremkreisen Konstantinopels kolportiert: Der Sultan soll in der letzten Zeit gänzlich den Banden zweier Tscherekkissen — Adile-Kadine und Kiamile-Kadine — gefangen liegen. Diese zwei lebendigen Luxusarten des Sultans haben zwei Hofmarchädes des Sultans, Namens Hussein Bey und Mohamed Bey, zu Brütern, durch welche die beiden Mädchen Initiationen von den Tscherekkissen Räthern des Sultans erhalten, welche auf diesen letzteren in allen wichtigen politischen Fragen einwirken sollen. Die beiden Brüder sind denn auch die Allmächtigen, welche vor Niemandem verantwortlich sind, bei allen Ministerverhandlungen die Hauptrolle spielen und mit dem Sultan wie mit einem Spielball umgehen. Möchten die Minister welchen Plan immer ausgearbeitet haben, war einmal der Sultan unter seine Tscherekkissen getreten, so begannen auch die bereits instruierten Tscherekkissen sofort die Pläne seiner Minister einer so abträglichen Kritik zu unterwerfen, daß der Sultan rasch ganz anderer Meinung über die er vor einigen Stunden von ihm selbst gebilligten Beschlüsse seiner Minister wurde. Scid Pascha und seine Kollegen entschlossen sich daher, ihre Berathungen im Baldylykhsch-Schlosse die ganze Nacht hindurch zu halten, und auf diese Weise den Sultan zu verhindern, in den Harem zu gehen und dort von den Tscherekkissen Dschinas“ (Dämonen) Rath zu holen. So blieb der Sultan die ganze Nacht über bei der Ministrsitzung, wobei die Übergabe Dulcigno's einstimmig beschlossen und

Sultan genehmigt wurde, diesen Beschluss im Schlosse selbst vor den Ministern schriftlich zu befragen.

* Ein hübsches Hörchen erzählt man sich aus Köln gelegentlich der großen Festtage: Ein angehender ultramontaner Gelehrter ist in einem Kreise von politischen Gesinnungsgenossen und erzählt: "Da habe ich mir das Programm für den historischen Festzug angelehnt, das ist gut und wohl, und es sind auch so ziemlich alle geschichtliche Personen, die mit dem Dombau in den drei Zeiträumen zu schaffen haben, in dem Zuge vertreten, aber die Hauptperson, welche in der Geschichte des Dombaus eine Rolle spielt, ist doch vergessen." "Wer?" rufen Alle aus einem Munde. "Wie, das wisst Ihr nicht?" sagt da der junge Geschichtsforscher schmunzelnd — "der Teufel!" Mit einem selbstgefälligen Blick sieht sich der Autor des verfehlten Witzes im Kreise um. Doch einer der Zuschauer entgegnete ruhig: "Lieber Freund, der Teufel beobachtet eine würdige Zurückhaltung!"

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 20. Oktober. Se. Majestät der Kaiser und Se. f. f. Hoheit der Kronprinz mit seiner Familie nebst Gefolge sind heute Vormittag 11½ Uhr mittels Extrazuges nach Frankfurt a. M. abgereist, von der großherzoglich badischen Familie bis Karlsruhe begleitet. — Prinz Wilhelm von Preußen reist heute Nachmittag 5 Uhr 20 Min. direkt nach England.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. Se. Majestät der Kaiser, Ihre f. f. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin nebst deren Töchtern, sowie Se. f. f. Hoheit Prinz Heinrich trafen heute Nachmittags 3 Uhr mittels Extrazuges von Baden-Baden hier ein und wurden auf dem Bahnhofe von den Spitzen der Behörden, sowie von dem Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar, dem General Frhrn. von Schlotheim, dem Oberpräsidenten Frhrn. von Ende, dem Polizeipräsidenten von Mainz und dem General-Intendanten der königlichen Schauspiele von Hülzen empfangen. Nach der Ankunft unterhielt sich Se. Majestät einige Zeit mit Ihrer f. f. Hoheit der Frau Kronprinzessin, welche sich mit ihren Töchtern von Sr. Majestät verabschiedete, um nach Wiesbaden weiterzureisen. Bei dem Heraustreten aus dem Perron wurden Se. Majestät und die königlichen Prinzen von dem nach Tausenden zählenden Publikum mit brausenden Hochrufen begrüßt. Von dem Bahnhofe begaben sich die Allerhöchsten Herrschaften nach dem neuen Panorama unter den freudigsten Kundgebungen der Bevölkerung, welche bis zum Panorama hin dicht gedrängt Spalier bildete.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. Se. Majestät der Kaiser begab sich nach der Besichtigung des neuen Panoramas, in welchem die Schlacht bei Sedan dargestellt ist, nach dem Palmengarten. Auf dem Wege dorthin wurde Se. Majestät von den Spalier bildenden Kriegervereinen mit begeisterten Hochrufen begrüßt. Im Palmengarten wurde Se. Majestät von dem Verwaltungsrathe desselben empfangen. Der Vorsitzende hielt eine Ansprache an den Kaiser, in welcher er hervorholte, daß seit dem letzten Besuch Se. Majestät im Jahre 1877 das durch Flammen beschädigte Etablissement schöner wieder erstanden sei Dank der Unterstützung der Regierung und der Bürgerschaft. Unter den Klängen der Hauskapelle besichtigte der Kaiser den Saal und die Gallerie und ließ sich die Mitglieder des Verwaltungsrathes und die Architekten Schmidt und Holzmann vorstellen. Nachdem Se. Majestät noch ein prächtvolles von dem Verwaltungsrathe gewidmetes Bouquet entgegengenommen hatte, begab sich Allerhöchsteselbst durch die mit einem imposanten Triumphbogen dekorirte Böckenheimer Straße nach dem Postgebäude, wo um 5 Uhr das Diner stattfindet, zu welchem die Spitzen der Behörden Einladungen erhalten haben. Die Zahl und die übrigen Haupträume sind auf das Reichste mit Flaggen geschmückt.

Stuttgart, 20. Oktober. Nach einer Mittheilung des "Staatsanzeigers für Württemberg" ist die Beschwerde der Volkspartei über die polizeiliche Ueberwachung der von ihr jüngst abgehaltenen Landesversammlung vom Verwaltungserichtshofe als unbegründet verworfen worden, weil das Recht zur Ueberwachung politischer Vereine ein Ausfluss des Oberaufsichtsrechts der Regierung über das Vereinswesen sei und weil die Beschwerdeführer dadurch in keinem Rechte verlegt worden seien.

Paris, 20. Oktober. Die russische Nacht "Livadia" hat heute Morgen, mit dem Großfürsten Konstantin an Bord, Brest verlassen.

Paris, 20. Oktober. Die Karmeliter zu Rennes sind heute Morgen ausgewiesen worden, nachdem die Polizei sich gewaltsam Eingang zur Niederlassung derselben verschafft hatte. Die Gendarmerie und ein Bataillon Infanterie waren requirirt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Zentral-Kommissar hat seine Entlassung genommen. — In Marseille erhielt die Polizei Weisung, die Auseinandersetzungen an den Eingängen zum Konvent der dortigen Kapuziner zu zerstreuen.

Madrid, 19. Oktober. In der Provinz Galizien ist eine Eisenbahnbrücke, während an derselben gebaut wurde, zusammengebrochen, ein Bauingenieur und fünf Arbeiter wurden dabei getötet, sechs andere Arbeiter verwundet.

Petersburg, 20. Oktober. Der Minister des Innern, Graf Loris-Melitow, hat dem Blatte "Rossia" den Einzelverkauf entzogen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
20. Nachm. 2	751,2	O lebhaft	trübe	+ 5,8
20. Abends, 10	742,7	SD schwach	bedeckt	+ 6,2
21. Morgs. 6	732,9	SW lebhaft	bedeckt Regen	+ 8,5

Am 20. Wärme-Maximum + 5,8° Celsius.

= = Wärme-Minimum + 0,1° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Oktober Mittags 2,22 Meter.

= 2,26 =

Wetterbericht vom 20. Oktober, 8 Uhr Morgens.

Dort.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	759	SW	halb bedeckt	3
Aberdeen	757	NW	3 wolzig	-1
Christiania	758	SD	1 wolzig	1
Kopenhagen	758	S	2 wolzig	5
Stockholm	757	SW	halb bedeckt	-2
Haparanda	756	N	2 wolzig	-12
Petersburg	747	NW	6 Schne	4
Moskau	757	SD	6 wolfenlos	2
Torf Queenst.	757	MD	4 heiter 1)	3
Brest	752	N	2 Regen 2)	10
Heider	754	S	1 bedeckt	5
Sylt	756	SSD	2 wolzig 3)	4
Hamburg	758	SD	2 bedeckt 4)	3
Swinemünde	761	SSD	3 wolzig 5)	3
Neuhausen	763	SSW	1 heiter 6)	0
Memel	761	SD	2 halb bed. 7)	0
Paris	756	S	2 Regen	8
Münster	755	MD	2 bedeckt	5
Karlsruhe	758	NW	1 bedeckt 8)	6
Wiesbaden	758	NW	1 bedeckt	8
München	759	D	1 Nebel	6
Leipzig	758	SD	2 bedeckt 9)	5
Berlin	759	SD	1 bedeckt	4
Wien	760	still	Nebel	8
Breslau	762	SSD	3 bedeckt 10)	4
Die d'Air	757	SSD	4 wolzig	12
Rizza	758	N	2 halb bedeckt	17
Triest	758	still	bedeckt	15

1) Seegang mäßig. 2) Große See. 3) Nachts starke Hagelböen. 4) Thau, stellenweise Regen. 5) Regen. 6) Nachts starker Regen. 7) Nachmittags starker Sturm, Abends Schnee und Graupelböen. 8) Dunstig. 9) Regnerisch. 10) Nachmittags Regen.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Übersicht der Witterung.

Während im Osten bei Eintritt rubigen Wetters der Luftdruck ungewöhnlich stark zugenommen hat, ist beim Herannahen einer Depression im Südwesten, am Kanal und im südlichen Nordseegebiete bei trübem, regnerischem Wetter das Barometer äußerst rasch gesunken. In Folge dieser totalen Änderungen der Luftdruck-Verteilung sind über Zentral-Europa östliche und südöstliche Winde mit trübem Wetter vorherrschend geworden, die zwar allenthalben noch schwach auftreten, deren Auftreten jedoch, insbesondere im Westen, wahrscheinlich ist. Gestern Nachmittag fanden in der östlichen Ostsee schwere Stürme statt, stellenweise mit Regen, Graupel- und Schneeböen. Die beträchtliche Abkühlung, welche gestern im Westen auftrat, hat sich ostwärts fortgeschleppt, in ganz Deutschland, außer im Süden, liegt die Temperatur unter der normalen. Nordostdeutschland Frostwetter.

Deutsche Seemarine.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. (Schluß-Course.) Still. Lond. Wechsel 20,375. Pariser do. 80,61. Wiener do. 171,80. R. M. St. A. 146. Rheinische do. 158. Pf. Ludwigsh. 97. R. M. Pr. Antw. 130. Reichsanl. 100. Reichsbank 146. Darmst. 147. Meiningen 9. 93. Ost.-ung. Bl. 699,00. Kreditaktien*) 232. Silberrente 62. Pavierre 60. Goldrente 74. Ung. Goldrente 91. 1860er Loosie 120. 1864er Loosie 306,50. Ung. Staatsl. 210,00. do. Ost.-Ob. II. 83. Böh. Westbahn 198. Elisabeth. 160. Nordwestb. 148. Galizier 229. Franzosen*) 234. Lombarden*) 69. Italiener. 1877er Russen 91. II. Orientanl. 57. Zentr.-Pacific 110. Diskonto-Kommandit. Elbthalbahn. Neue 4 pro. Russen. 4 Prozent. Obligationen der Stadt Stockholm. Lothringer Eisenwerke 78.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 233. Franzosen 235. Galizier — ungar. Goldrente 6 1/2. II. Orientanleihe —. 1860er Loosie —. III. Orientanleihe —. Lombarden 91. Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böh. Westb. — per medio reso. per ultimo.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. Effekten-Societät. Kreditaktien 233. Franzosen 235. Lombarden —. 1860er Loosie —. Galizier 229. österl. Goldrente —. ungarische Goldrente 91. II. Orientanleihe —. österl. Silberrente 62. Papierrente —. III. Orientanl. —. 1877er Russen —. Meininger Bank —. fest.

Wien, 20. Oktober. (Schluß-Course.) Schwach und durch die gefürchtete Auslastung der "Agence Russie" bestimmt. Durch Arbitragabgaben wurden besonders Kreditaktien gedrückt.

Papierrente 71,90. Silberrente 72,60. Österreich. Goldrente 86,20. Ungarische Goldrente 106,15. 1854er Loosie 122,50. 1860er Loosie 129,00. 1864er Loosie 171,50. Kreditloose 176,50. Ungar. Prümien. 107,2. Kreditaktien 270,80. Franzosen 274,00. Lombarden 81,75. Galizier 267,25. Kasch.-Oderb. 123,70. Paribus 134,20. Nordwestbahn 172,00. Elisabethbahn 187,50. Nordbahn 240,00. Österreich. ung. Bank —. Türk. Loosie —. Unionbank 105,00. Anglo-Austr. 104,25. Wiener Bankverein 123,00. Ungar. Kredit 240,50. Deutsche Blätter 57,35. Londoner Wechsel 117,89. Pariser do. 46,35. Amsterdamer do. 97,00. Napoleon 9,38. Dokaten 5,63. Silber 100,00. Marknoten 58,12. Kursische Marknoten 1,18. Lemberg-Gernowitz 159,70. Kronpr. Rudolf 157,00. Franz-Josef 164,50.

4 Prozent. ungar. Bodenbriefe —.

Wien, 20. Oktober. Abendbörse. Kreditaktien 272,60. Franzosen 274,00. Galizier 267,75. Anglo-Austr. 104,50. Papierrente 71,05. ung. Goldrente 106,25. Lombarden 81,75. österl. Goldrente 86,15. Marknoten 58,12. Napoleon 9,38. 1864er Loosie —. österl.-ungar. Bank —. Nordbahn —. fest.

Paris, 20. Oktober. (Schluß-Course.) fest.

3 pro. amortis. Rente 87,40. spro. Rente 85,50. Anleihe 1872 120,57. Italienische 5 pro. Rente 86,80. österl. Goldrente 73,00. Ungar. Goldrente 92. Russen de 1877 94. Franzosen 592,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 186,25. Lomb. Prioritäten 268,00. Türken de 1865 10,10. 6 pro. rumänische Rente 91,00.

Credit mobilier 642,00. Spanier exter. 20. do. inter. 19. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 512,00. Societe gen. 593,00. Credit foncier 1361,00. Cappier 328,00. Banque de Paris 1142,00. Banque d'escompte 35,00. Banque hypothécaire 622,00. II. Orientanleihe 58,2. Turkenloose 31,00. Londoner Wechsel 25,32. Rumän. Anleihe 73,50.

London, 20. Oktober. Consols 99. Italienische 5 pro. Rente 85,8. Lombarden 7,8. 3prozent. Lombarden alte —. 3prozent. do. neue —. 5prozent. Russen de 1871 87,5. 5prozent. Russen de 1872 87. 5prozent. Russen de 1873 89. 5prozent. Türken de 1865 97. 5prozent. fundierte Amerikaner 104. österl. Goldrente 91. österl. Goldrente 72. Spanier 21. Egypt 64.

Preuß. 4 Prozent. Consols 99. 4prozent. bair. Anleihe —. Türk. 1873er Russen —. Silber —. Plattdisont 12 pC.

Florenz, 20. Oktober. 5 pC. Italische Rente 95,15. Gold 22,12. Anleihe 90. II. Orientanleihe 90.

Newyork, 19. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London i. Gd. 4 D. 81 C. Wechsel auf Paris 25,50. 5pC. fund. Anleihe 102,50. 50s. fundierte Anleihe von 1877 109. Erie-Van 42. Central-Pacific 112. New-York Centralbahn 135. Chicago-Eisenbahn 137.

Produkten-Course.

Köln, 20. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen bischer loco 1250 fremder loco 23,50. pr. November 21,65. pr. März 22,20. Roggen loco

